

Antragsteller/-in

Name/Anschrift/Geburtsdatum/Telefon/Email

Antragsgegner/-in

Name/Anschrift/Telefon/Email

Ich habe eine fristlose Kündigung von meinem Ausbildungsbetrieb erhalten. Ich beantrage festzustellen, dass das Ausbildungsverhältnis durch die Kündigung vom mir zugegangen am nicht beendet worden ist, sondern darüber hinaus ungekündigt fortbesteht (Begründung s. unten).

Anderes Antragsbegehren

Begründung

(kurze Schilderung des Sachverhaltes. Warum ist das Handeln des Ausbildungsbetriebes / des Auszubildenden unzulässig oder warum die Sanktionen (Kündigung, Abmahnung, etc.) unzulässig und / oder nicht rechtswirksam sind)

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihrer/s Antrags von der IHK Pfalz (Rheinallee 18-20, 67061 Ludwigshafen; Kontakt des Datenschutzbeauftragten: datenschutz@pfalz.ihk24.de) verarbeitet.

Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie unter www.ihk.de/pfalz/informationspflichten oder können Sie postalisch bei der IHK Pfalz anfordern.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Antragstellers/-in

Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter/s

Merkblatt Schlichtungsausschuss

Bei der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz besteht gemäß § 111 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes ein Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden. Dieser Schlichtungsausschuss kann nur Streitigkeiten aus bestehenden Berufsausbildungsverhältnissen verhandeln. Die Verhandlung ist Prozessvoraussetzung für eine Klage vor dem Arbeitsgericht.

1. Der Schlichtungsausschuss wird nur auf Antrag des Auszubildenden oder des Auszubildenden tätig. Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift an die Geschäftsstelle des Schlichtungsausschusses zu richten. Die Adresse lautet:

IHK Pfalz
Abteilung Recht
Rheinallee 18-20
67061 Ludwigshafen

2. Anträge minderjähriger Auszubildender bedürfen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.
3. Eine Streitigkeit soll erst vor den Schlichtungsausschuss getragen werden, wenn die Bemühungen der Vertragspartner, selbst zu einer Verständigung zu kommen, ohne Erfolg geblieben sind. In der Verhandlung strebt der Schlichtungsausschuss die gütliche Einigung der Vertragspartner an. Ist diese nicht möglich, hat der Schlichtungsausschuss einen Spruch zu fällen. Dieser Spruch wird nur dann wirksam, wenn er innerhalb einer Woche von den Vertragspartnern schriftlich oder mündlich zu Protokoll der Geschäftsstelle anerkannt wird.

Erfolgt keine Anerkennung, so kann binnen zwei Wochen nach Zustellung des Spruches Klage vor dem Arbeitsgericht erhoben werden. Erscheint ein Vertragspartner nicht zum Verhandlungstermin, so kann der Schlichtungsausschuss einen Säumnisspruch fällen. Die Beteiligten erhalten eine Niederschrift über das Ergebnis der Verhandlung. Aus den Vergleichen, die vor dem Schlichtungsausschuss geschlossen worden sind und aus Ansprüchen des Schlichtungsausschusses, die von den Vertragspartnern anerkannt sind, findet die Zwangsvollstreckung statt, wenn der Spruch von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre, für vollstreckbar erklärt worden ist.

4. Die Anwesenheit des Auszubildenden und des Auszubildenden sowie dessen gesetzlichen Vertreters ist in der Regel erforderlich. Sie können die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss selbst führen oder sich vertreten lassen. Eine Vertretung durch Vertreter von Gewerkschaften oder von Vereinigungen von Arbeitgebern ist zulässig, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht befugt sind.
5. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss ist nicht öffentlich. Das Verfahren ist gebührenfrei. Jeder Vertragspartner trägt die ihm durch das Verfahren entstandenen Kosten selbst.